

GESUNDHEITSREFORM

## SPD im Rückwärtsgang

Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) will die ab nächstem Jahr geplante private Versicherungspflicht für Zahnersatz nun doch nicht einführen. In einem zweiseitigen Brief an die Sozialpolitiker der Union schreibt sie, die von Regierung und Opposition gemeinsam beschlossene Regelung münde in ein „wenig sinnvolles Mischsystem, das es zumindest partiell zu überdenken gilt“. Das Modell der pauschalen Fixbeträge war nach langwierigen Verhandlungen im Juli 2003 vereinbart worden. Nun schreibt Schmidt, gestaffelte Beiträge, die sich wie im bisherigen gesetzlichen System am Einkommen orientieren, seien „wesentlich sozial verträglicher und weniger bürokratisch“. Schmidt kann mit Zustimmung des CSU-Mannes Horst Seehofer rechnen, aber auch mit Widerstand bei der CDU.

Gründe für den Vorstoß der Gesundheitsministerin sind Probleme bei der Umsetzung der Reform – vor allem aber



Zahnbehandlung

die Befürchtung, dass sich der Unmut über das Modell in Wahlergebnissen zum Nachteil der SPD niederschlägt. Die Krankenkassen haben bereits davor gewarnt, dass der Einzug der Beiträge von Rentnern und Ar-

beitslosen im Gesetz nicht geregelt und die Versorgung gefährdet sei. Alle Bürger, auch sozial schwache, müssen nach den geltenden Beschlüssen ab 2005 wählen, ob sie den Zahnersatz für zusätzlich etwa 8,50 Euro im Monat in der gesetzlichen Krankenkasse absichern oder über eine – vermutlich weit teurere – Privatpolice.

Gleich nach den Verhandlungen zur Gesundheitsreform hatte die SPD bereits deutlich gemacht, dass nicht sie,



Schmidt, Seehofer (im Juli 2003)

sondern die Union auf eine Neuregelung beim Zahnersatz gedrängt habe. „Die Zähne sind die von Frau Merkel“, betonte Franz Müntefering, inzwischen SPD-Chef, damals.

INNERE SICHERHEIT

## Schily wird geblockt

Mit einem eigenen Anti-Terror-Konzept wehren sich die von CDU und CSU geführten Bundesländer gegen Überlegungen von Innenminister Otto Schily (SPD), Sicherheitsbehörden der Länder dem Bund zu unterstellen. Anfang Juli wollen die Innenminister der Union ein als „Saarbrücker Erklärung“ bezeichnetes Positionspapier beschließen. Im aktuellen Entwurf fordern sie zur Terrorbekämpfung ein gemeinsames Lagezentrum von Bundeskriminalamt (BKA) und den Geheimdiensten des Bundes. Diese Behörden sollen außerdem eine übergreifende Anti-Terror-Datei einrichten. Das bisherige Informationssystem „Nadis“ weise „erhebliche Defizite“ auf, kritisieren die Unionsleute. Überdies solle mehr als bisher das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) als Zentralstelle fungieren, ohne dass es aber nötig werde, die Landesverfassungsschutzämter aufzulösen. Bisher fehle eine „zeitnahe Informationssteuerung“ durch das BfV an die Landesbehörden und eine „ausreichende Koordinierung zwischen den Sicherheitsbehörden des Bundes“. Grundsätzlich aber behinderten die föderalen Strukturen keineswegs die „zielgerichtete Aufklärung extremistischer und terroristischer Bestrebungen“.

VOLKSWIRTSCHAFT

## Nationalfeiertag ade?

Die Bundesregierung erwägt, zur Verlängerung der Jahresarbeitszeit den Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober als Feiertag abzuschaffen. Die Idee ist Teil des Programms „Wachstum ohne Kosten“, das von Finanz- und Wirtschaftsministerium erarbeitet wird. Zur Debatte steht auch ein Vorschlag, für ein paar Jahre zwei oder drei Urlaubstage zu streichen. Allerdings hat der Bund, anders als beim Nationalfeiertag, keine Gesetzgebungskompetenz, sondern ist auf die Mitwirkung der Tarifparteien angewiesen.



Wiedervereinigungsfeier am 3. Oktober 1990 in Berlin

Die zusätzlichen Arbeitstage würden das Wachstum stimulieren, so das Kalkül. Für dieses Jahr, in dem fünf sonst arbeitsfreie Tage auf Wochenenden fallen, beziffern Ökonomen das daraus resultierende Wachstum auf ein halbes Prozent. Die Überlegungen sollen bei der Regierungsklausur in Schloss Neuhardenberg in zwei Wochen präsentiert werden.